

## **Auftaktkonferenz zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie**

Am 19.10.2023 fand in Berlin die Auftaktkonferenz zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie statt.

In Deutschland liegt die Steuerung für die Umsetzung der Agenda 2030 im Bundeskanzleramt bei Staatsministerin Sarah Ryglewski. Sie betonte in ihrem Statement, dass eine stärkere Mitgestaltung der Bürger\*innen ermöglicht werden soll. Im Bundeskanzleramt werden ressortübergreifend die Aktionsprogramme in den Einzelministerien koordiniert und abgestimmt.

Die Bundesregierung wird bei der Umsetzung vom Rat für Nachhaltige Entwicklung beraten. Mehrere Mitglieder des Rates waren an der Konferenz aktiv beteiligt.

Gunda Röstel, stv. Vorsitzende des Nachhaltigkeitsrates forderte in ihrem Statement ein Leitbild „Was ist gutes Leben?“. Es bräuchte eine 80-millionenfache Verhaltensänderung. Auch müsse das Grundgesetz geändert und Nachhaltigkeit ein Staatsziel werden.

Frau Röstel forderte darüber hinaus verbesserte Rahmenbedingungen, wie bspw. die Verkehrsinfrastruktur, den Wegfall von Subventionen für klimaschädliche Projekte sowie günstige Zinsen für Projekte, die nachhaltige Entwicklung vorantreiben.

Kai Niebert, Präsident des Deutschen Naturschutzrings, betonte, dass für ihn der soziale Zusammenhalt ein zentrales Thema sei. Ohne die Bekämpfung von Armut und Hunger würde es keine Unterstützung von Menschen in anderen wichtigen Bereichen, wie bspw. dem Naturschutz geben. Er sieht alle 17 Entwicklungsziele gleichbedeutend wichtig.

Yasmin Fahimi, Vorsitzende des DGB, forderte, dass die Vergabe öffentlicher Gelder an Zusagen von Unternehmen gebunden werden müssten.

Steffi Lemke, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, benennt die drei globalen Krisen, die Klimakrise, das Artensterben und die Verschmutzung. Eingeführt wurde in ihrem Ministerium ein Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz, eine Nationale Wasserstrategie und eine Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie. Diese hat zum Ziel, Materialien länger im Kreislauf zu halten, sie wiederverwertbar zu machen, den Verbrauch von Primärrohstoffen zu reduzieren und eine größere Unabhängigkeit von Importen zu erreichen.

Svenja Schulze, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, bezeichnete die Zwischenbilanz zur Umsetzung der SDGs als besorgniserregend. Alle Staaten lägen hinter den gesetzten Zielen zurück.

Um die Ziele bis 2030 noch zu erreichen fokussierte sie bezogen auf die Ziele ihres Ministeriums auf drei Themen: Frauen, Klima und Geld. Frauen bräuchten mehr Rechte und Ressourcen, um ihr Potenzial voll entfalten zu können. Im Klimaschutz verweist sie auf Programme des Ministeriums wie bspw. die Just Energy Transition Partnerships mit dem Ziel eines früheren Ausstiegs aus fossilen Energieträgern. Ein wirksamer Klimaschutz bräuchte

aber auch Geld. So fehlten 4 Bio. US\$ für die ärmeren Staaten. Der Weltbank käme als Transformationsbank eine zentrale Rolle zu. Ob dieses Geld bereitgestellt werden soll, blieb offen.

Von unterschiedlichen Sprecher\*innen wurde betont, dass im aktuellen Prozess zu wenig auf den Bereich „Soziales“ fokussiert würde. Auch müsse die derzeitige Bildungssituation (Ziel 4) zu einem zentralen Thema werden.

In mehreren parallelen Workshops wurden dann weitere Forderungen formuliert:

Es bräuchte wirksame Beteiligungsformate zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit, Gestaltungskompetenz und einen Generationendialog in der Bildungsarbeit, das Setzen von Anreizen, mehr Bilder in der Kommunikation und die Stärkung der vertikalen und horizontalen Zusammenarbeit sowie eine bessere Vernetzung im Gesundheitssektor mit einer umfassenden National Health Policy.

Notwendig sei ein integrierter Ansatz in der Stadtentwicklung durch Stärkung der ressort- und sektorenübergreifenden Zusammenarbeit und einer feministischen Stadtentwicklungspolitik. Mobilitätsstrategien sollten an einer gerechteren Nutzungsverteilung im öffentlichen Raum ausgerichtet werden.

Hinsichtlich der Agrar- und Ernährungssysteme wurde gefordert, Nährstoffkreisläufe zu schließen, Bio-Produkte zu stärken, das Kreislaufwirtschaftsgesetz mit Leben zu füllen, Lebensmittelverschwendung zu reduzieren und den Kauf von Produkten aus Entwaldungsgebieten zu stoppen.

Mit Blick auf die internationale Zusammenarbeit müsse immer auf die internationalen Auswirkungen von Entscheidungen geschaut und Doppelstandards (national und international) vermieden werden. Erforderlich sei auch eine Reform der internationalen Finanzarchitektur. Deutschland müssen einen Plan für transformatives Handeln erstellen.

Die Liste der Themen zeigt: Es gibt noch viel zu tun. Wie sich die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie mit der Schuldenbremse vereinbaren lässt blieb grundsätzlich offen. 2030 ist bereits in 7 Jahren. Ein sehr kurzer Zeitraum, um all das, was an Zielstellungen auf dem Tisch liegt zu erreichen. Es wurden viele Forderungen aufgestellt und in den Workshops Vorschläger unterbreitet, aber die dafür notwendigen Handlungsschritte waren wenig greifbar.

Barbara Wagner

Delegierte des DHWiR bei der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie